

Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstandes der CDU NRW ...

... zum 1. September 1939

Der 1. September 1939 darf nie aus dem Gedächtnis der Menschheit entschwinden. Der 2. Weltkrieg, von Deutschen ausgelöst, brachte für Millionen Menschen unvorstellbares Leid, Tod, Elend und Verzweiflung. Wenn es ein Lehre gibt, die die Menschheit aus dieser Katastrophe ziehen sollte, dann die, daß nie wieder Krieg sein darf. Nie wieder darf solch blinder Völkerhaß, solch roher Wahn, das Verhältnis zwischen Völkern bestimmen. Eine Antwort auf die unsagbare Schrecklichkeit des 2. Weltkrieges war Europa, war der Beginn tätiger Versöhnung zwischen den europäischen Völkern.

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte ist mit Tadeucz Mazowiecki in Polen ein Demokrat zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Das ist ein Sieg der Freiheit. Sie setzt sich weltweit durch. Sie ist stärker als Panzer und Bajonette.

Wirtschaft soll in Polen investieren

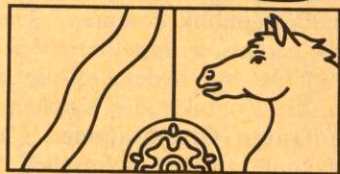
Wir Deutschen haben eine besondere Verpflichtung, den Demokratisierungsprozeß in Polen durch finanzielle und wirtschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit zu unterstützen. Die Polen brauchen keine Almosen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Wir fordern deshalb die deutsche Wirtschaft auf, ihre Zusammenarbeit mit den Polen zu intensivieren, ihre Investitionstätigkeit in Polen rasch zu verstärken. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag für Demokratie und Freiheit in Polen.

Kohl für deutsch-polnisches Jugendwerk

Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen ist eine große Aufgabe auch

für die junge Generation. Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt die Bemühungen von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Gründung eines deutsch/polnischen Jugendwerkes. Sie fordert die Jugend, Jugendverbände, Jugendorganisationen auf, Kontakte mit den Kirchen, den karitativen Organisationen in Polen aufzunehmen und nach Polen zu reisen. Deutsche Jugendliche sollten in polnischen Familien zu Gast sein und junge Menschen aus Polen in die Bundesrepublik kommen. Nichts dient dem Werk der Verständigung und Versöhnung mehr, als wenn sich junge Menschen kennen-, ihr Leben und Denken verstehenlernen.

CDU



NORDRHEIN-WESTFALEN

Blüm schlägt deutsch-polnischen Jugendaustausch vor

Einen deutsch-polnischen Jugendaustausch, der „schnell und unbürokratisch beginnen kann“, hat der CDU-Landesvorsitzende NRW, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, vorgeschlagen.

„Gerade der 50. Jahrestag des Kriegsabbruchs ermahnt uns erneut, daß die historische Aufgabe der Aussöhnung mit dem polnischen Volk erst begonnen hat. Und wer anders als die Jugend ist prädestiniert dafür, vorurteilsfrei einen neuen Anfang zu machen, ohne die Schrecken der Vergangenheit zu vergessen“, meinte Blüm. „Das kaum glaubbare Wunder der Aussöhnung mit dem vermeintlichen Erbfeind Frankreich sollte hier ein leuchtendes Vorbild und unermüdlicher Ansporn zugleich sein.“

Vorhandene Kontakte nutzen

Noch ganz unter dem Eindruck einer Pilgerreise nach Polen und den Treffen mit Premierminister Mazowiecki und Arbeiterführer Walesa betonte Blüm: „Um Menschen und ihr Leben und Denken verstehen zu können, muß man sie persönlich kennenlernen. Deshalb sollten deutsche Jugendliche in polnische Familien und junge Menschen aus Polen in die Bundesrepublik kommen.“ Der Bundesarbeitsminister appellierte vor allem an die CDU-Mitglieder und die Junge Union, die Kontakte der Kirchen und ihrer karitativen Organisationen Caritas und Diakonie zu den polnischen Stellen zu nutzen. „So sind schnell und ohne großen

organisatorischen Aufwand Reisen möglich“, so Blüm.

Anregungen zum Jugendwerk

Aber auch Schulklassen hätten zu überlegen, ob das Ziel der nächsten Klassenfahrt nicht Warschau, Danzig, Breslau oder Tschenstochau heißen solle. Denn der Jugendaustausch könne nur Vorstufe zu einem bald zu schaffenden deutsch-polnischen Jugendwerk sein, das Kontakte und Begegnungen auf allen Ebenen und in vielen Bereichen koordinieren solle. Blüm: „Diese Idee des Bundeskanzlers verdient die Unterstützung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik.“

Leistungen der Bundesregierung

Dr. Horst Waffenschmidt MdB, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, hat in einem ausführlichen Bericht alle Leistungen und Initiativen der Bundesregierung für die Städte, Gemeinden und Kreise detailliert von 1982 bis 1989 aufgelistet.

Das übersichtlich gegliederte und mit zahlreichen Tabellen und Zahlenmaterialien ausgestattete Papier ist ab sofort bei der

**CDU Nordrhein-Westfalen
Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Herrn Michael Obst**

Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
kostenlos erhältlich. Es liefert hervorragendes Argumentationsmaterial für den laufenden Kommunalwahlkampf.



Novellierung der rechtlichen Bestimmungen einiger Wasserverbandsgesetze

Von Hans-Joachim Menge, MdL

① Die Landesregierung hat verschiedene Gesetzentwürfe für die Novellierung einiger Wasserverbandsgesetze vorgelegt. Die Notwendigkeit der Vorlage wird in allen Fällen damit begründet, daß eine Anpassung des Wasserverbandsrechts an die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich sei.

Gleichzeitig beabsichtigt die Landesregierung die Einführung einer — wie sie sich ausdrückt — „sach-

lich und verfassungsrechtlich vertretbaren“ Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Vorstand. Gemeint ist die sogenannte „direktive Arbeitnehmer-Mitbestimmung“.

Der Gesetzentwurf für das Gesetz über den Wasserverband Eifel-Rur sieht darüber hinaus noch die Gründung eines neuen Wasserverbandes Eifel-Rur und die Auflösung von 24 in diesem Gebiet bestehender Wasser- und Bodenverbänden vor.

② Die zu diesen Gesetzentwürfen eingeholten Rechtsgutachten kommen überwiegend zu der Auffassung, daß die Einführung der direkten Arbeitnehmer-Mitbestimmung verfassungswidrig ist.

Die Frage der Zulässigkeit der Gründung eines neuen Wasserverbandes (Eifel-Rur) im Wege der Sondergesetzgebung wird nur in Ausnahmefällen als zulässig angesehen, wobei die Gutachter im vorliegenden Fall einen Ausnahmetatbestand **nicht** annehmen.

③ Alle betroffenen Wasserverbände lehnen die Einführung der direkten Arbeitnehmer-Mitbestimmung ab. Mit Nachdruck wehren sich die 24 Wasser- und Bodenverbände gegen ihre Auflösung und

gegen die Gründung des Wasserverbandes Eifel-Rur durch sondergesetzliche Maßnahmen, nachdem sie in der Anhörung des Landtages nach wie vor ihre Bereitschaft erklärt haben, sich freiwillig auf der Grundlage der WVVO zu einem Wasserverband Eifel-Rur zusammenzuschließen.

④ Eine Besonderheit ist im Hinblick auf den Ruhrtalesperrenverein und den Ruhrverband zu berücksichtigen. Der Ruhrtalesperrenverein hat zu erkennen gegeben, daß er sich bei der Neufassung der für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr an den sogenannten „historischen Kompromiß“ ($\frac{1}{3}$ Kostenbeteiligung am Ruhrverband) gebunden fühle.

Dieser Anündigung wird wegen der Interessenlage des Ruhrverbandes von dieser Seite natürlich argumentativ entgegnet. Die widerstrebende Interessenlage von Ruhrtalsperrenverein und Ruhrverband ist abschließend noch nicht geklärt.

⑤ Auch andere Organisationen bestreiten überwiegend die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuordnung ebenso wie sie die Einführung der direktiven Arbeitnehmer-Mitbestimmung als verfassungswidrig ablehnen.

⑥ Die Begründung der Landesregierung, eine grundsätzliche Neuordnung des Wasserverbandsrechts sei wegen der zwischenzeitlich veränderten Rechtslage geboten, wird von der CDU-Landtagsfraktion als

nicht stichhaltig angesehen. Mit den gültigen Verbandsgesetzen und Vorschriften können die Wasserverbände nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion auch in Zukunft die ihnen gestellten und sich noch stellenden Aufgaben erfüllen, zumal für die Qualität der Ausführung nicht die Vorschriften über die Verbandsorganisation, sondern die materiell-rechtlichen Gesetzesvorschriften maßgebend sind.

Die beabsichtigte Einführung der direktiven Arbeitnehmer-Mitbestimmung wird als verfassungswidrig von der CDU-Landtagsfraktion ebenso abgelehnt wie die nicht den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechende Neugründung eines Wasserverbandes Eifel-Rur

durch sondergesetzliche Regelungen.

7 Die CDU-Landtagsfraktion hat die Landesregierung in der parlamentarischen Beratung bereits mehrfach aufgefordert, die Gesetzesentwürfe zur Novellierung des Wasserverbandsrechts zurückzuziehen. Sofern die Landesregierung sich dieser Aufforderung weiter verschließt, wird die CDU-Landtagsfraktion im weiteren parlamentarischen Verfahren die Novellierung der Wasserverbandsgesetze konsequent ablehnen. Einige der von der Auflösung bedrohten Wasserverbände haben bereits für den Fall des Inkrafttretens der Gesetze Klage beim Verfassungsgerichtshof angekündigt.

CDU-Positionspapier zur Novellierung des Wasserrechts

In einem ausführlichen Positionspapier hat die CDU-Landtagsfraktion zu den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwürfen zur Novellierung der rechtlichen Bestimmungen einiger Wasserverbände Stellung bezogen.

Dieses Papier kann ab sofort bei der

CDU NRW

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Herrn Michael Obst

Wasserstraße 5

4000 Düsseldorf 1

angefordert werden.

CDU



Unternehmer gesucht

WiV-Hilfe für Langzeit-Arbeitslose

Bundeskanzler Helmut Kohl hat für mehr Hilfen für Langzeit-Arbeitslose gesorgt. Bereits seit Juli 1989 stehen dafür Mittel zur Verfügung. Die Arbeitsämter können, nach den Richtlinien des Bundesarbeitsministers, bis 1992 Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Mark als Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber gewähren, die Langzeit-Arbeitslose einstellen.

Die Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen hat alle erforderlichen Richtlinien in einem Leitfaden zusammengefaßt. In der vorliegenden Broschüre ist darüber hinaus eine interessante Fülle von Detailinformationen zu finden.

Der Vorsitzende der WIV NRW, Peter Jungen, bittet alle Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfa-

len mit aller Kraft dazu beizutragen, die beschlossenen Hilfen der Bundesregierung zu einem Brückenschlag für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in Beschäftigung werden zu lassen.

Die Broschüre „Unternehmer/in sucht“ kann bei der

WIV NRW
Herrn Hans-Dieter Lehnen
Wasserstraße 5
4000 Düsseldorf 1

angefordert werden.

Die Wirtschaftsvereinigung hat zudem ein Aktionstelefon für Nachfragen bei der Beantragung von Fördermitteln eingereicht. Die Ruf-Nr. ist

(02 11) 13 29 26

(Herr Hans-Dieter Lehnen).

Informationen über SPD und Radikale

Vielfältige Informationen zur Kommunalwahl am 1. Oktober 1989 hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU NRW zusammengetragen. Die aktuell vorliegenden Wahlinfos '89 behandeln folgende Themen:

- SPD und Radikale — zum Verhältnis der SPD zu DKP, Grünen und Republikanern,
- die Republikaner — eine politische Bewertung,
- Bilanz der Ruhrgebietskonferenz von 1989,

- Fakten zur Gesundheitsreform,
- Aussiedler — Vorurteile, die nicht stimmen,
- zum Kommunalwahlrecht für Aussiedler,
- für neue Ehrlichkeit in der Energiepolitik,
- Kernenergie, Teil der langfristigen Energieversorgung.

Exemplare dieser Wahlinfos sind bei der

KPV NW e. V.
Limperstraße 40
4350 Recklinghausen
Telefon (0 23 61) 58 99 40

erhältlich.



Termine

19. 9. 1989	11.00 Uhr	Konrad-Adenauer-Stiftung Eröffnung des Bildungswerks Aachen mit Dr. Bernhard Vogel, Kurt Malangré MdEP, Hans Peter Schmitz MdB (Auskünfte: Telefon [0241] 6 50 71)	Aachen
20. 9. 1989	18.00 Uhr	WIV BV Ruhrgebiet Informationsveranstaltung „Bedeutung der Aus- und Weiterbildungszentren im Ruhrgebiet“ (Auskünfte: Herr Lehnen Telefon [02 11] 1 36 00 50)	Duisburg
20. 9. 1989	14.00 Uhr	MIT NRW 4. Landestagung	Bochum
1. 10. 1989		Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen	
7. 10. 1989	10.00 Uhr	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU NRW Landestagung	Neuss
14. 10. 1989		Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Forum zur Gentechnologie Schloßpark Rahe (Auskünfte: Telefon [0241] 6 50 71)	Aachen
19. 10. 1989	20.00 Uhr	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Münstereifeler Kolloquium Städt. Kurhaus	Bad Münsterei- fel
24. 10. 1989	20.00 Uhr	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Neusser Kolloquium Swissotel Rheinpark	Neuss
16. 11. 1989		Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Forum: „Sicherheitspolitik in den 90er Jahren“ Hotel Zweifel	Euskirchen
3. 11. 1989		Senioren-Union Landestagung	Münster